UNIVERSITY OF CALIFORNIA
AT LOS ANGELES
JUN 29 1936

Morgen-Ausgabe

Deutsches Nachrichtenbüro G.m.b.H.

(Als Manuskript gedruckt, Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Vereinbarung untersagt. Ohne alle Gewähr.)

3. Jahrg. 1936	Berlin, Sonnabend, 13. Juni	Nr. 766

Reichsminister Dr. Frick über das Deutsche Rote Kreuz.

Berlin, 13. Juni. Aus Anlaß der Sammlungen, die das Deutsche Rote Kreuz am 13. und 14. d. M., im ganzen Reich veranstaltet, sprach der Reichsminister des Innern, **Dr. Frick**, am Freitag abend über alle deutschen Sender.

Reichsminister Dr. Frick führte u. a. aus:

„Morgen tritt das Deutsche Rote Kreuz wiederum vor die Nation, um ihre Hilfe für sein Werk zu erbitten. Mit dieser Sammlung will das Rote Kreuz nicht nur die finanzielle Grundlage für seine Arbeit schaffen, es wirbt um mehr:

„So, wie das Deutsche Rote Kreuz täglich und stündlich in seiner Arbeit ein Bekenntnis zu seinem Volk und Führer ablegt, so kann und soll auch das deutsche Volk bekennen, daß das Deutsche Rote Kreuz zu ihm gehört.

„Als ich vor drei Jahren kurz nach der Uebernahme der Macht durch Adolf Hitler am Rolkreuztage zum ersten Male zum Deutschen Roten Kreuz sprach, forderte ich, daß es ein lebendiger Baustein im Gefüge der Nation werden müsse. Mit Genugtuung spreche ich es aus:

„Das Deutsche Rote Kreuz marschiert heute weithin sichtbar in dem gewaltigen Strom der Volksgemeinschaft, die sich einmütig zu ihrem Führer bekennt und dem Ziel echter Volkwerdung entgegenschreitet, das Adolf Hitler ihr zeigt.

„Im Aufbau der Nation im Geiste des Nationalsozialismus ist niemand, kein Einzelner und keine Organisation, um seiner selbst willen da. Auch das Deutsche Rote Kreuz will davon keine Ausnahme machen. Sein klarumrissener Aufgabenkreis auf der völkerrechtlichen Grundlage der Genfer Konvention weist ihm die Pflichten zu, die es zu erfüllen hat."

Als solche Pflicht zählte der Minister im einzelnen auf, die erste Hilfe zu leisten auf der Straße, dem Wasser, im Gebirge, in der Fabrik, bei kleinen Unfällen und großen Katastrophen ist das Vorrecht des Roten Kreuzes — ein Vorrecht, dessen bester Teil die Pflichterfüllung in Tüchtigkeit und Opferbereitschaft ist. Zweihunderttausend Sanitätsmänner, siebtausend Schwestern, achtzigtausend Samariterinnen und Helferinnen, weit über eine Million Männer und Frauen in allen Gauen des Reiches haben in hunderttausendfacher Bewährung bewiesen, daß sie die Ehre der Pflichterfüllung über alles zu stellen wissen. Das sei ihnen heute gedankt. Im letzten Jahr ist die Gefolgschaft des Deutschen Roten Kreuzes um 130 000 Männer und Frauen, mehr als ein Zehntel der Gesamtzahl gestiegen. Darin kommt die große Bereitschaft des deutschen Volkes zu tätiger Mitarbeit und das wachsende Verständnis für die Ziele des Roten Kreuzes zum Ausdruck. Als Reichsminister, dem das Deutsche Rote Kreuz unmittelbar untersteht, spreche ich hierüber meine lebhafte Genugtuung aus.

„Ich sichere dem Deutschen Roten Kreuz den Schutz und die nachdrückliche Förderung der Reichsregierung zu, die ihm bereits in den letzten drei Jahren von Staat und Partei in reichem Maße zuteil geworden ist, am sichtbarsten mit der Uebernahme der Schirmherrschaft durch den Führer und Reichskanzler."

Reichsminister Dr. Frick erinnerte in seiner Rundfunkansprache daran, daß der Führer im Mai 1935 und im April d. J. in seinen beiden historischen Kundgebungen auf die seit 70 Jahren bewährte völkerrechtliche Grundlage der Genfer Konvention hingewiesen habe. „Vor den Augen der Besten aus allen Völkern der Welt sind das Deutsche Rote Kreuz sich ja bewährte Helfer bei den Rettungs- und Hilfsdiensten der Olympischen Kämpfe dieses Sommers. Ich vertraue darauf, daß neben den Kämpfern, die das deutsche Volk als seine tüchtigsten zum Wettbewerb der Nationen stellt, auch die Männer und Frauen des Deutschen Roten Kreuzes in ihrem stillverborgenen und doch lebenswichtigen Wirken ihre Besten bereitstellen werden. Für Männer und Frauen vom Roten Kreuz, eine beglückende Aufgabe ist Euch gestellt; was von Euch gefordert wird, ist die rettende Tat und die stete Bereitschaft zur Tat. Ich weiß deshalb, daß es nie an jungen Menschen fehlen wird, die mit Begeisterung in Eure Reihen treten werden. Hitlerjungen und Mädels des BdM kommen heute zu Euch und bringen den Schwung unserer Staatsjugend mit. Die Wehrhoheit, die der Führer dem deutschen Volke wiedergab, und die volle Hoheit über die Rheinlande haben neue verstärkte Anforderungen gestellt. Und ich weiß, Ihr werdet mehr leisten, als man von Euch als getreuer Gefolgschaft unseres Führers Adolf Hitler erwartet.

„Möge jeder deutsche Mann und jede deutsche Frau das ihre tun, das Werk des Deutschen Roten Kreuzes zu fördern!"

Empfangsabend für die Gemeindekongreßteilnehmer.

München, 13. Juni. Die Stadt München veranstaltete für die Teilnehmer am 6. Internationalen Gemeindekongreß einen Empfangsabend, der einen besonderen künstlerischen Rahmen hatte. Oberbürgermeister **Fiehler** begrüßte seine Gäste, unter ihnen Staatsminister Adolf Wagner, mit einer kurzen herzlichen Ansprache, in der er den Wunsch aussprach, daß sie diesen Abend, der kein offizieller Akt sondern ein gemütliches Beisammensein bedeuten solle, als schöne Erinnerung an die lebensfrohe Stadt München mit nach Hause nehmen möchten.

Das Münchener Kindl trug darauf unter großer Begeisterung der ausländischen Gäste einen Prolog in fünf Sprachen, deutsch, englisch, französisch, italienisch und spanisch vor.

Tänze des Staatstheaterballetts riefen das helle Entzücken der Gäste hervor. Besonderem Interesse begegnete der Originaltanz der Scherenschleifer-Zunft aus dem 16. Jahrhundert. Weitere künstlerische Darbietungen ergänzten das Programm.

Dr. Schacht zur neuen deutschen Wirtschaftspolitik.

Belgrad, 13. Juni. Der Gouverneur der Jugoslawischen Nationalbank, Dr. Radosavljevitsch, gab am Freitag abend zu Ehren des hier weilenden Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht ein Essen, an dem u. a. Handelsminister Dr. Urbanitsch, Finanzminister Letitza, der deutsche Gesandte von Heeren, der Landesgruppenleiter der NSDAP. Neuhausen, sowie führende Persönlichkeiten des hiesigen Wirtschaftslebens teilnahmen.

Dr. Radosavljevitsch hielt bei dem Essen eine Rede, in der er seiner Freude über den Besuch Dr. Schachts Ausdruck verlieh.

Jugoslawien lege das größte Gewicht auf die Entwicklung der jugoslawisch-deutschen Handelsbeziehungen und wünsche, daß der jugoslawisch-deutsche Güteraustausch möglichst großen Umfang annehme.

Die jugoslawische Volkswirtschaft, die überwiegend agrarischen Charakter habe und die deutsche Volkswirtschaft mit ihrem überwiegend industriellen Charakter ergänzten sich in natürlicher Weise und seien aufeinander angewiesen. Diese Wirtschaftsverbundenheit, die schon immer bestanden habe, entwickele sich zu beiderseitiger Zufriedenheit in immer stärkerem Maße.

Er sei glücklich, führte Dr. Radosavljevitsch weiter aus, in Dr. Schacht den verantwortlichen Leiter der deutschen Wirtschaftspolitik in Belgrad begrüßen zu können. Dr. Radosavljevitsch schloß seine Rede, indem er auf das Wohl des Führers und Reichskanzlers, auf das Gedeihen des deutschen Volkes und auf das persönliche Wohl Dr. Schachts sein Glas erhob.

Reichsbankpräsident **Dr. Schacht** führte in seiner Erwiderung nach Worten des Dankes und nach einem Hinweis auf die persönlichen freundschaftlichen Beziehungen zu Dr. Radosavljevitsch u. a. aus:

„Es ist die schaffende Arbeit fleißiger Völker, die im Vordergrunde aller Wirtschaftsbeziehungen stehen muß. Der Geld- und Kapitalverkehr hat sich nach den nationalwirtschaftlichen Bedürfnissen der Völker zu richten und nicht umgekehrt. Das ist das durchaus Neue, das wir in Deutschland als nationalsozialistische Wirtschaftspolitik bezeichnen, eine Politik, die davon ausgeht, daß die Lebensbedürfnisse einer Nation auf wirtschaftlichem wie auf allgemeinem Gebiet die Richtung angeben müssen.

„Diese Erkenntnis schließt die Achtung nicht nur für die eigenen, sondern auch für die Lebensnotwendigkeiten anderer Völker in sich und baut hierauf die neue Wirtschafts- und Kapitalpolitik auf. Der internationale Kapitalismus alten Stils hat sich durch seine eigene Hybris gerichtet. Kraftvoll ringen die jugendlich fühlenden Völker nach neuen Lebensformen auch in der Weltwirtschaft. Der Verrechnungsverkehr im internationalen Zahlungswesen und die Ausgleichsgeschäfte mannigfacher Art, die wir eingeführt haben, müssen zurzeit noch als unvollkommen und lästig empfunden werden. Sie sind ein Notbehelf, aber sie sind Begleiterscheinungen einer wirtschaftlichen Umstellung, die aus der Not geboren ist, die aus eigener Kraft ihr Schicksal gestalten wollen.

Ich bin aufrichtig erfreut, bei meinem Besuch in dieser Hauptstadt eines mächtig aufblühenden Landes solchen Willen zur Gestaltung aus eigener Kraft vorzufinden. Wer wie ich seit zwei Jahrzehnten nicht in Belgrad gewesen ist, muß aufrichtig erstaunt sein über die Wandlung dieser Hauptstadt, die die Wandlung ihres Landes widerspiegelt. Ungehobene Kräfte mannigfachster und reichster Art sind in diesem Lande vorhanden, die zu entwickeln ein tüchtiges und erfahrenes Volk an der Arbeit ist. Sie dürfen versichert sein, daß die Deutsche Reichsbank und daß ich selbst mit vollster Sympathie im Interesse unserer beiden Länder alle Bemühungen unterstützen werde, die darauf gerichtet sind, die **Beziehungen unserer beiden Nationalwirtschaften enger und nutzbringender für beide Teile zu gestalten.** Wenn auf dieser Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Völkern eine gleich freundschaftliche Atmosphäre entstehen sollte, wie sie zwischen uns beiden persönlich herbeigeführt worden ist, so würde ich darüber ein hohes Glück empfinden, und ich weiß, daß diese Empfindung von allen meinen deutschen Volksgenossen geteilt wird."

Dr. Schacht erhob zum Schluß seiner Rede sein Glas auf das Wohl des jugoslawischen Königs Peter II. von Jugoslawien, auf das Wohl des Prinzregenten, auf das Wohl des jugoslawischen Volkes und Dr. Radosavljewitschs.

Ungewißheit über die Zukunft Deutsch-Südwestafrikas.

London, 12. Juni. Aus Kapstadt wird gemeldet: Der von der Regierung der Südafrikanischen Union als Mandatsmacht eingesetzte Ausschuß, der die Aufgabe hatte, die Fragen zu untersuchen, die sich aus dem Beschluß der Gesetzgebenden Versammlung in Windhuk auf Einverleibung Südwestafrikas in die Union ergeben, ist einmütig zu dem Ergebnis gelangt, daß die gegenwärtige Regierungsform im Mandatsgebiet von Südwestafrika ein Fehlschlag sei und beseitigt werden müsse. Die Mitglieder des Ausschusses konnten jedoch keine Einmütigkeit darüber erzielen, ob es wünschenswert sei, Südwestafrika in die Union einzuverleiben oder nicht.

Der Vorsitzende, dan Zyl, sprach sich nachdrücklich für eine Einverleibung aus und meinte, daß es sich nur zum Segen Südwestafrikas auswirken werde, wenn das Gebiet unmittelbar von der Union verwaltet würde.

Wie Reuter meldet, äußerte van Zyl sich eingehend über die Bestrebungen des deutschen Teils der Bevölkerung, daß Südwestafrika in naher Zukunft an Deutschland zurückgegeben werden solle. Diese Tatsache und die offene Befürwortung derjenigen Kreise, die die Einverleibung des Gebietes als fünfte Provinz der Union forderten, hätten eine derartige Ungewißheit über die Zukunft des Landes hervorgerufen, daß die wirtschaftliche Entwicklung und die Verwaltung ernstlich beeinträchtigt würden.

Ein anderes Mitglied des Ausschusses, van den Heever, steht hingegen auf dem Standpunkt, daß es nicht dringlich sei, das Gebiet als Provinz der Union zu verwalten. Die Einverleibung würde die derzeitige Ungewißheit hinsichtlich der Zukunft nicht beenden. Er ist ferner der Meinung, daß die Union durch eine Einverleibung nichts zu gewinnen habe. Außerdem sei die gesamte deutsche Bevölkerung und eine kleine Minderheit der Unionisten gegen die Einverleibung.

Das dritte Mitglied des Ausschusses, Dr. Holloway, schlägt einen mittleren Weg ein. Er spricht sich zugunsten eines engeren Zusammenschlusses mit der Union aus, sieht sich aber gleichfalls nicht in der Lage, die Bitte der Gesetzgebenden Versammlung zu unterstützen und die Umwandlung Südwestafrikas in eine fünfte Provinz der Union zu empfehlen.

Wieder englisch-russische Flottenbesprechungen.

London, 12. Juni. Die englisch-sowjetrussischen Flottenbesprechungen wurden am Freitag im Foreign Office wieder aufgenommen.

Regierungsopposition und Chamberlain-Rede.

London, 12. Juni. Die beiden englischen Oppositionsparteien sind entschlossen, wegen der Rede, die Neville Chamberlain vor zwei Tagen über die Notwendigkeit einer Völkerbundsreform und Sanktionsaufhebung gehalten hat, von der Regierung Rechenschaft zu fordern. Die Regierung soll eine eindeutige Erklärung abgeben, ob sie sich hinter die Aeußerungen des Schatzkanzlers stelle oder nicht. Die Arbeiterpartei beabsichtigt, schon in der Montagsitzung des Unterhauses die Anfragen an die Regierung zu richten.

Wie Reuter berichtet, verlaute aus Regierungskreisen, daß die Regierung noch zu keiner Entscheidung gekommen sei und vor einer solchen den gesamten Fragenkomplex noch genau werde prüfen müssen.

Kommunist leitet Pariser Landwirtschaftsausschuß.

Paris, 12. Juni. Die sogenannte Abordnung der Linken hat beschlossen, die Posten der Vorsitzenden in den großen Ausschüssen wie folgt zu vergeben: den Vorsitz im Kammerausschuß für auswärtige Angelegenheiten einem Radikalsozialisten, den Vorsitz im Finanzausschuß der Kammer einem Sozialisten und den Vorsitz des Landwirtschaftsausschusses der Kammer einem Kommunisten.

Frankreichs Finanzminister gegen falsche Gerüchte.

Paris, 12. Juni. Finanzminister Vincent-Auriol erklärte am Freitag, man habe unbegründete Gerüchte in Umlauf gebracht. So habe man von der Abstempelung der Banknoten und gewissen anderen finanziellen Maßnahmen gesprochen. An diesen Gerüchten sei nichts richtig. Die französische Regierung brauche nicht zu derartigen Ausnahmemaßnahmen zu schreiten. Die Regierung halte sich an das in der Regierungserklärung Gesagte. In seinem Lande wie Frankreich, wo 40 bis 45 Milliarden Franken gehortet seien, brauche man keine abenteuerlichen Experimente zu machen.

Feuerkreuzler schützen Fleischermeister.

Paris, 12. Juni. Im Pariser Westen haben mehrere Fleischermeister, die zu den Feuerkreuzlern gehören, den Streikbefehl nicht befolgt. Andere Feuerkreuzler übernahmen den Schutz ihrer Läden für den Fall von Ausschreitungen Streikender. Die Polizei entfernte darauf Schutzleute, die sich verpflichteten, die Läden zu bewachen, worauf die Feuerkreuzler abrückten. Streikende versuchten eine Kundgebung. Sie wurden aber abgewiesen und die Polizei nahm einige Verhaftungen vor. Später wurde die Polizeiwache vor den Fleischerläden durch Republikanische Garde abgelöst.

Nach dem Intransigeant erklärte Innenminister Salengro, die Pariser Polizei werde ihre Aufgabe mit einer für die Demokratie erforderlichen Mäßigung, aber ohne Schwäche durchführen.

„Giornale d'Italia" zur Rede Neville Chamberlains.

Rom, 12. Juni. Die Rede des Schatzkanzlers Neville Chamberlain wird vom halbamtlichen Giornale d'Italia einer im wesentlichen zustimmenden Prüfung unterzogen. Das Blatt verweist dabei auf die natürlichen Berührungspunkte, die zwischen England und Italien in bezug auf die „neuralgischen Punkte" am Rhein, in Mitteleuropa und im Mittelmeer beständen, und betont, daß Italien während seines harten Abwehrkampfes gegen den Sanktionskrieg immer alle Türen für eine europäische Zusammenarbeit großen Stils offengelassen habe und zu einer solchen Zusammenarbeit auch bereit sei.

Die mutige Sprache des Schatzkanzlers, so führt „Giornale d'Italia" im einzelnen aus, bedeute das Wiedererwachen jenes Tatsachensinnes, der England in den „Illusionsjahr 1935" gefehlt habe. Der Schatzkanzler habe das Sanktionsproblem entschlossen angefaßt, er schwimme mit seiner hervorragenden Rede mutig gegen den Strom. Italien könne zwar einige Vorbehalte machen, insbesondere, wenn er noch einmal von einem italienischen Angriff spreche. Diese Vorbehalte träten jedoch hinter der belebenden Kraft der Rede des Schatzkanzlers zurück, der das Ende der Sanktionen und das Wiederaufbauwerk in Europa als ein Ganzes sehe. Das Interesse, das die Rede des englischen Schatzkanzlers heute überall in Europa finde, gelte seinen Ausführungen über den Aufbau der Zukunft, der auf die Liquidation einer bankerotten Vergangenheit folgen solle. Zur Arbeit an dieser Zukunft sei Italien mit seinen jungen Kräften und mit dem Wunsch nach Zusammenarbeit bereit, jedoch stehe ihm seine Entscheidung frei, die es erst vornehmen werde, wenn die endgültige Haltung der anderen Nationen ihm den Maßstab dazu biete.

Nanking-Truppen stoßen südwärts vor.

Schanghai, 12. Juni. Die Nanking-Truppen haben die bisher nördlich von Tschangscha verlaufenden Verteidigungsstellungen verlassen und sind südwärts über Hängtschau bis Leinang vorgestoßen. Die Flugzeuge der Nanking-Regierung haben über Siwang, dem augenblicklichen Hauptquartier der Kwangsi-Truppen, Flugblätter abgeworfen. Die Südtruppen haben den Rückzug angetreten, um Zusammenstöße mit den Nanking-Truppen zu vermeiden.

Der Oberbefehlshaber der Kanton-Streitkräfte, General Tschentschitang, sandte an den Staatspräsidenten Linsen ein Telegramm, in dem er mitteilt, daß er unter dem Eindruck der Vermittlungsversuche der Zentralregierung seine Expedition eingestellt habe. Die Nanking-Regierung solle aber endlich alle Anstrengungen unternehmen, um sobald wie möglich zu einer starken Außenpolitik gegenüber Japan zu kommen.

Verantwortlich: Kurt Schwarzkopf, Berlin-Wilmersdorf.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin.